

## **Pressemitteilung zu den Einwänden zum Bebauungsplan Kleineschholz des Bauvereins „Wem gehört die Stadt?“**

### **Freie Wähler stehen hinter dem Wunsch, Regelungen zur Bebauung zu lockern, um kostengünstiger und schneller bauen zu können**

Zum Hintergrund: Der Bauverein „Wem gehört die Stadt?“ (Wohnungspolitische Initiative im Mietshäuser Syndikat) hat sich mit einem Schreiben an den Gemeinderat sowie die Bauverwaltung gewandt und ihre Einwendungen gegen den Bebauungsplan „Kleineschholz“ vorgetragen.

Vollkommen zu Recht weist der Bauverein „Wem gehört die Stadt?“ darauf hin, dass die im Bebauungsplan für das geplante Baugebiet Kleineschholz festgelegten Kriterien, bzw. z.T. sehr detaillierten Vorgaben die Flexibilität der Planung einschränken und auch zu höheren Kosten führen. Es handelt sich allerdings zumeist um gesetzliche Vorgaben.

Wie der Bauverein „Wem gehört die Stadt?“ sind die Freien Wähler der Ansicht, dass - auch vor dem Hintergrund steigender Baukosten, Bauzinsen sowie Energiekosten - diese gesetzlichen Festlegungen und Anforderungen gelockert werden müssen, um ein kostensparenderes, einfacheres und vor allem schnelleres Bauen zu ermöglichen. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen, also hohen Finanzierungszinsen und überzogenen Bauvorschriften ist Bauen schlichtweg nicht mehr möglich. „Von bezahlbarem Mietwohnraum kann schon gar nicht die Rede sein“, findet der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler Dr. Johannes Gröger

„Die Vorgaben zu Fahrradstellplätzen, Versickerung von Regenwasser, Fassadenbegrünung, Photovoltaikanlagen, Schallschutz und Baufenster sind, jede für sich betrachtet, sicherlich sinnvoll, jedoch sollte den Bauherren auch die Luft und Zeit gelassen werden, diese Auflagen zu erfüllen“, so Dr. Gröger weiter.

Nach Auffassung der Fraktion der Freien Wähler kann und darf es jedoch keine Sonderregelung, also ‚Lex Kleineschholz‘ geben. Dies wäre im Vergleich zu anderen Bauträgern schlichtweg ungerecht und wohl auch unrechtmäßig.

---

**Pressekontakt:**

05.04.2023

Bauen bedarf einer grundlegenden Entrümpelung überzogener Vorschriften und vor allem einer Flexibilität bei der Umsetzung. Hier ist der Bund gefragt und die Kommunen, also auch die Stadt Freiburg müssen in Berlin Druck machen, damit nun endlich das bestehende Baurecht vereinfacht wird.

Das Bauamt Freiburg sollte darüber hinaus eigenständig prüfen, welche Bauvorschriften flexibel und ggf. mit entsprechenden Zeitfenstern für die Erfüllung ausgestaltet werden können. Diese Regelungen müssen dann aber für alle Antragsteller gelten, damit Bauen in ganz Freiburg erleichtert wird.

---

**Pressekontakt:**

Stadtratsfraktion Freie Wähler Freiburg  
Fraktionsgeschäftsführerin: Barbara Meyer  
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg

Telefon: 0761-201.1850  
E-Mail: [fraktion@freie-waehler-freiburg.de](mailto:fraktion@freie-waehler-freiburg.de)  
[www.fraktion-freie-waehler-freiburg.de](http://www.fraktion-freie-waehler-freiburg.de)